



Österreich



Wahlen 2006: Kann die SPÖ noch gewinnen?

Nach dem BAWAG-Skandal stellt sich die Frage, ob es die ÖVP unter Schüssel neuerlich schafft, Erster zu werden. Die vermeintliche Opposition macht es ihm allzu leicht.

Seite 2

Betrieb & Gewerkschaft



Frankreich zeigt: Widerstand lohnt sich

Nach den Protesten von StudentInnen und Gewerkschaften hat die französische Regierung den geplanten Angriff auf junge ArbeitnehmerInnen zurückziehen müssen.

Seite 3

Schwerpunkt



Der ÖGB in der Krise

Der ÖGB steckt in einer der tiefsten Krisen seiner Geschichte. Sonja Grusch analysiert, wie die Krise überwunden werden könnte: mit demokratischen Strukturen und kämpferischer Politik. Ein erster Schritt wäre ein Bundeskongress. Seiten 4/5

Internationales



Interview zur Situation in Lateinamerika

André von der brasilianischen Sektion des Komitees für ArbeiterInneninternationale im Gespräch: Was sind die notwendigen Schritte für die Bewegungen in Venezuela, Bolivien und Brasilien?

Seite 7

Der Weg aus der ÖGB-Krise: Kämpferisch & demokratisch!

ÖGB verteidigen heißt ÖGB verändern!

von Franz Breier jun., SLP Wien

Die Ära Verzetnitsch (1987-2006): Privatisierung, Sozialabbau, Reallohnverluste, BAWAG-Skandal und minus 20 Prozent Gewerkschaftsmitglieder. Letztendlich waren selbst die Kampfmaßnahmen gegen die Politik der schwarz-blau-orangen Bundesregierung (Pensionsreform, ÖBB) nicht erfolgreich, weil sie viel zu früh von der Gewerkschaftsspitze abgebrochen wurden. Unter den Gewerkschaftsmitgliedern brodelte es nun gewaltig. Diese Stimmung drückt sich selbst in Aussagen an der ÖGB-Spitze aus (Eisenbahner-Gewerkschaftschef Haberzettl sprach von einer "Riesenschweineerei", GPA-Vorsitzender Katzian stimmte dem zu). Auch wir teilen diese Kritik! Doch was folgt nun? Die Gewerkschaften stecken in einer tiefen Krise. Diese Krise birgt große Gefahren für ArbeiterInnen und Erwerbslose, denn sie gefährdet die Existenz der Gewerkschaftsbewegung an sich. Sie bietet aber auch die Chance einer echten Neuorientierung.

1.300.000 Mitglieder müssen entscheiden!

Um die Gewerkschaft wirklich neu zu gestalten, schlagen wir folgende Sofortmaßnahmen vor: Über die Zukunft der BAWAG und die künftige Ausrichtung des ÖGB müssen die Mitgliedschaft des ÖGB und die BAWAG-Beschäftigten entscheiden. Dazu ist ein außerordentlicher und erweiterter Gewerkschaftstag, wie ursprünglich angekündigt am 19. Juni, auf jeden Fall aber noch vor den Nationalrats-Wahlen im Herbst die beste Möglichkeit. Die Wahl der Delegierten sollte auf betrieblicher Ebene bzw. durch Ortsgruppen und andere Basisstrukturen erfolgen. Wir brauchen einen Plan zur Verteidigung unserer Interessen. Die Wahlen im November werden die Gefahr neoliberaler Angriffe in keinem Fall ban-

nen. Alle Gewerkschafts-FunktionärInnen müssen der Mitgliedschaft gegenüber volle Rechenschaft über ihre Arbeit und ihre Entscheidungen abgeben. Dazu müssen sie jederzeit wähl- und abwählbar sein. Um Abgehobenheit zu vermeiden, sollen FunktionärInnen nur soviel verdienen wie die Mitglieder, die sie vertreten (Durchschnittsgehalt in Österreich: 2.400 Euro brutto). Die Gewerkschaftsfinanzen müssen prinzipiell für die Mitgliedschaft kontrollierbar sein.

Kämpfen statt Kuschelkurs

Die "Sozialpartnerschaft" ist von Unternehmer-Seite seit langem aufgekündigt. Es ist vielmehr eine Sozialabbau-"Partnerschaft" gegen die Gewerkschaftsbasis geworden. Wird keine Trendwende eingeleitet, wird der kapitalistische Konkurrenzkampf weiter auf dem Rücken der Beschäftigten und Erwerbslosen ausgetragen werden. Deshalb muss sich die Gewerkschaft ihrer besten Traditionen erinnern:

► Start einer Kampagne für eine einschneidende Arbeits-

zeitverkürzung (z.B. 30 Stunden pro Woche, 6 Stunden pro Tag) bei vollem Lohn- und Personalausgleich, um die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen.

► Wertschöpfungsabgabe als echte UnternehmerInnenbeiträge zu den sozialen Sicherungssystemen.

► Wiedereinführung der Vermögenssteuer und Abschaffung des Stiftungsgesetzes. Echte Steuerprogression ist nötig. Lohnsteuern müssen gesenkt und alle Massensteuern abgeschafft werden.

► Offensive Lohnrunden seitens des ÖGB unter Einbeziehung der Mitgliedschaft bei der Abstimmung über Verhandlungsergebnisse. Minimalanspruch muss die Abgeltung von Inflation, Sozialabbau-Verlusten sowie der Produktivitätssteigerungen sein.

► Anhebung der Mindestpension und des Arbeitslosengeldes auf 1.100,- netto.

► Mobilisierung für die völlige Rücknahme des Pensionsraubs. Für das Recht auf Pensionsantritt mit 55 für Männer und Frauen unter Wahrung aller Ansprüche.

► Überwindung der kapitalistischen und nationalistischen "Standortlogik". Der ÖGB muss die Interessen aller ArbeiterInnen vertreten, egal welcher Herkunft oder in welchem Land.

Kämpferischen ÖGB-Flügel aufbauen

Wir laden alle, die auch so denken, ein, mit uns und im Rahmen der "Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften" (einem überfraktionellen Zusammenschluss von Gewerkschafts-AktivistInnen aus verschiedenen Fachgewerkschaften) für einen solchen Kurs- und Führungswechsel einzutreten. Da nicht zu erwarten ist, dass die Hundstorfer-Führung die Gewerkschaft gesunden lassen wird, ist es notwendig, einen Kandidaten bzw. eine Kandidatin der Gewerkschaftsbasis aufzustellen, der/die für diese Punkte eintritt. Spätestens am ÖGB-Kongress 2007 sollte eine solche kämpferische Kandidatur Form annehmen. Neben der ÖGB-Krise ergeben sich die Probleme aus dem Fehlen einer großen Partei, die wirk-

lich Politik für und mit ArbeiterInnen und Erwerbslosen betreibt. Die SPÖ führte in den 1990er selbst Kürzungen und Privatisierungen durch. Die Rolle Gusenbauers in der Bawag-Krise unterstrich seine Rolle als Vertreter von Kapital-Interessen. Deshalb ist es ebenso notwendig, das Verhältnis von Gewerkschaften und SPÖ grundlegend zu überdenken und im ÖGB die Diskussion über eine eigenständige Gewerkschaftspolitik voranzutreiben. (siehe auch Seite 2 und Schwerpunkt Seiten 4 & 5).

DISKUSSION

ÖGB-Krise:

Ursachen - Lösungen

mit Willi Mernyl

Leiter des ÖGB-Kampagnenreferates und kooptiertes Mitglied des ÖGB-Bundesvorstandes

Donnerstag, 18.05. um 19:00

"Piwnica",

Wien 20., Jägerstraße 38 (erreichbar mit 5, 33, nahe U6)



Der Standpunkt

Spinnen die ItalienerInnen?

von Sonja Grusch



Knapp 19 Millionen Menschen haben in Italien für das Wahlbündnis von Berlusconi gestimmt. 19 Millionen haben ihre Stimme einem Mann gegeben, der offensichtlich denkt, er sei der Nabel der Welt, der sich das Gesetz zu rechtbiegt, um nicht ins Gefängnis zu müssen, der WählerInnen beschimpft und Unwahrheiten verbreitet. Sind 19 Millionen ItalienerInnen verrückt? Ähnliches haben sich Viele nach dem Wahlerfolg der ÖVP 2002 gefragt. Blau-Schwarz hatte eine Welle von Angriffen gefahren, es wurde privatisiert, bei den Arbeitslosen gekürzt, die Anzahl der LehrerInnen reduziert und ein Mann als Frauenminister eingesetzt. Und trotzdem fuhr die ÖVP einen historischen Wahlsieg ein. Sind 42,3 % der österreichischen WählerInnen masochistisch?

Die Antwort ist simpel: sie sind weder verrückt noch masochistisch, auch nicht dumm oder vergesslich. Im Gegenteil: die italienischen WählerInnen können sich noch an die letzte Prodi-Regierung und ihren Sozialabbau erinnern. Die österreichischen WählerInnen haben die Sparpakete der letzten SPÖ-geführten Regierung auch nicht vergessen. Sehr häufig haben es die WählerInnen mit einer negativen "Qual der Wahl" zu tun: keine der kandidierenden Parteien vertritt ihre Interessen. In Italien gibt es eine linke Partei - die PRC (Partito della Rifondazione Comunista - Partei der kommunistischen Wiedergeburt). Sie hat bei diesen Wahlen zugelegt. Aber sie ist auch Teil von Prodis Mitte-Links-Bündnis. Die PRC-Führung unter Bertinotti hat einen schwammigen Wahlkampf unter dem Motto "Wetten, dass sich Italien wirklich verändern kann!" betrieben. Und feiert nun nach hohen Posten. Der Streit im Mitte-Links-Bündnis wird auch von der PRC zur Zeit nicht um Inhalte, sondern um Posten geführt. Die ItalienerInnen brauchen nicht eine weitere Partei, die sich an den Notwendigkeiten der Wirtschaft orientiert und faule Kompromisse eingeht. Wenn die PRC das macht, dann ist es nur eine Frage der Zeit, bis ein rechtes Bündnis - mit oder ohne Berlusconi - wieder an die Macht kommt. Nicht weil ihr Programm besser wäre oder es den fescheren Spitzenkandidaten hat, sondern weil es beim Wählen immer mehr darum geht, die letzte Regierung zu bestrafen. Weil die Unterschiede zwischen den neoliberalen Privilegierern immer kleiner werden. Die Phrasen von Schüssel und Gusenbauer unterscheiden sich ja auch nicht wirklich ...

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11. Druck: Druckerei Fiona, Wien. Herstellungs- und Verlagsort: Wien. DVR: 08202022 Zulassungsnummer: 327808W97U. Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733

Kann Gusenbauer die Wahlen noch gewinnen?

Uns drohen vier weitere Jahre Kanzler Schüssel! Was dann?

von John Evers,
SLP-Wien

Er scheint sieben Leben zu besitzen. Ein Kanzler der Pensionsraub betreibt, weiteren Sozialabbau fordert und zu 390.000 Arbeitslosen, wie zur Ortstafelfrage schweigt, würde bei einer Direktwahl eher gewählt werden, als alle seine Mitbewerber. Laut jüngsten Umfragen scheint darüber hinaus, trotz des - fast sicheren - Rausfliegens des "BZÖ" aus dem Parlament, keine Regierung ohne die ÖVP möglich.

Totalversagen der "Opposition"

Eines scheint ebenso sicher: Gusenbauer und Van der Bellen, bzw. SPÖ und Grüne können die Wahlen nicht aus eigener Kraft gewinnen. Eine Umfrage des "Market-Instituts" ergab, dass die Stimmungslage für alle (!) Parlamentsparteien in der Bevölkerung als negativ betrachtet wird. Zweifellos hat der BAWAG-Skandal die SPÖ zusätzlich in die Defensive gebracht. Entscheidend ist aber, dass sie aus dieser Defensive offensichtlich nicht mehr herauskommt, aber auch die Grünen desperate SPÖ-WählerInnen nicht für sich gewinnen dürften. BAWAG hier, Kanzlerbonus da sind tatsächlich nur vordergründige Aspekte für Strukturprobleme der Opposition die tiefer gehen.



Muss nach Verzetnisch auch Gusenbauer bald "Baba" sagen?

Kurz gefasst: Diese "Opposition" ist keine!

In den politischen Kernpunkten - angeblicher Sparzwang in den öffentlichen Haushalten, Ausgliederung und Privatisierung, weitere Verschlechterungen im Gesundheits- und Pensionswesen - sind sich die Parlamentsparteien einig. Ein Blick nach Wien oder über die Grenzen dorthin wo Sozialdemokratie und Grüne regier(t)en - genügt. In Wien erfolgte nach der Wahl eine Belastungswelle durch Gebührenerhöhungen, in Deutschland setzten Rot-Grün und jetzt

CDU/CSU/SPD die tiefsten (a-)sozialen Einschnitte der Nachkriegsgeschichte um. Bei den Grünen sticht insbesondere ihre, inzwischen bedingungslose, Zustimmung zur Europäischen Union hervor, obwohl Millionen Menschen diesen "Integrationsprozess" zurrecht mit Arbeitslosigkeit und Sozialabbau verbinden. Neben dieser inhaltlichen Angleichung von Regierung und parlamentarischer Opposition gibt es auch eine ganz praktische Komponente: Machthunger! Alles ist nach der Wahl möglich - gerade SPÖ oder Grünen könnten Schüssel im Tausch für ein

paar Ministerposten das Leben verlängern und mit der ÖVP koalieren.

Wir wissen zwar nicht, wie die Wahlen ausgehen ...

... wir wissen aber: Jede künftige Regierungskonstellation wird im Grunde dort weiter machen, wo die letzte aufgehört hat - also bei der weiteren "Reform" (sprich Zerschlagung) des Sozialstaats. Eine Regierungsbeteiligung der SPÖ oder der Grünen, bzw. eine Koalition dieser beiden Parteien (falls sie doch die Mehrheit erhalten könnte) das bisherige Tempo sogar

noch erhöhen. Jede neue Regierung wäre wohl stabiler, als das aktuelle ÖVP/BZÖ-Kabinett. Besonders gefährlich erscheint darüber hinaus das scheinbar gesicherte Überleben der "FPÖ Neu". Diese kann zwar wahrscheinlich nicht an die Höhenflüge der 1990er anschließen. Sie droht sich aber, zumindest momentan, mit - extrem rassistischen - Sprüchen gegen Globalisierung und EU als einzig wahre "Oppositionskraft" zu etablieren.

Was können wir also tun?

Gerade der (Wieder-) Aufstieg der FPÖ zeigt, dass es notwendig ist, schon jetzt für eine neue Kraft links von SPÖ und Grünen einzutreten, auch wenn sich erste Ansätze dafür wohl erst nach den Wahlen bilden werden. Wir glauben, dass der Widerstand gegen die Maßnahmen, welche eine künftige Regierung setzen wird, viele ArbeitnehmerInnen und Jugendliche zur Schlussfolgerung führt, dass eine solche Kraft notwendig ist. Wir glauben aber auch, dass es nicht nur sinnvoll ist, für ein solches Projekt zu werben, sondern ein sozialistisches Programm gegenüber dem Sozialabbau und Kapitalismus der Etablierten bei diesen Wahlen anzubieten. Deshalb werden wir - die SLP - auch im Herbst antreten und freuen uns über jede Unterstützung!

Während die Abschiebung einer 18-jährigen Schülerin verhindert werden konnte, wurde der Asylwerber Bakary J. während eines Abschiebeversuchs schwer misshandelt.

Solidarität gegen Rassismus ist nötig!

von Herbert Wanko,
SLP-Wien

"Einem Angehörigen aus dem Kulturkreis des Angeklagten müsse mit aller Deutlichkeit vor Augen geführt werden, dass es sich bei österreichischen Supermärkten keinesfalls um Selbstbedienungsläden für Kriminelle handelt." Auszug aus der schriftlichen Urteilsbegründung für den Versuch eines Ladendiebstahls in der Höhe von 12,90 Euro.

Urteil: 7 Monate Haft; davon 2 Monate unbedingt (nach 9 Wochen Untersuchungshaft).

Der Kriminelle: Ein Asylwerber, der mit seiner Frau und drei Kindern von 820 Euro monatlich leben muss. Das Problem sind aber nicht nur einzelne rechte RichterInnen (oder PolizistIn). Rassismus hat System!

Das "Feindbild Ausländer" wird gemacht

Anfang der 90er Jahre wurde das Thema "AusländerInnen" zu einer entscheidenden innenpolitischen Frage gemacht: Die FPÖ betrieb die Hetze - SPÖVP machten die Gesetze. Nach dem Regierungswechsel wurde diese Po-

litik - erwartungsgemäß - fortgesetzt und verschärft. Die SPÖ stimmte auch da vielen Verschlechterungen zu und die Grünen greifen zwar manchmal einzelne "Härfälle" auf, sind aber auch z.B. für AusländerInnenquoten. Der Effekt: Nicht nur der Rassismus nimmt zu ...

Soziale Lage verschlechtert sich seit Jahren

Die Arbeitslosenrate ist hier inzwischen fast doppelt so hoch wie bei Inländern - bei Jugendlichen noch höher. Und das, obwohl MigrantInnen ohnehin am unteren Ende der Lohnskala stehen und meist mehrere Jobs annehmen müssen um ihr Überleben zu ermöglichen. Diese Situation schadet aber nicht nur den MigrantInnen selbst. Sie schadet auch in zunehmendem Maße der gesamten ArbeiterInnenklasse. Menschen, die um zu überleben jeden auch noch so schlecht bezahlten Job annehmen müssen; Menschen die in die Illegalität getrieben werden, die auf Grund ihrer Herkunft von vorne herein kriminalisiert werden, werden missbraucht um das Lohnniveau noch weiter zu senken und den Druck

auf alle ArbeiterInnen zu erhöhen. Sie werden von den Unternehmen nicht angemeldet - arbeiten also ohne es zu wollen illegal - weil sich die Unternehmen dadurch einen Haufen Geld ersparen, sie haben keine Ansprüche auf Sozialleistungen, da ja auch keine Sozialabgaben bezahlt werden, und sind die einzig Leidtragenden, wenn so etwas aufzieht. Dies dient dazu die ArbeiterInnen gegeneinander aufzuhetzen um die Einigung und Stärkung der ArbeiterInnenklasse zu verhindern.

Was machen die Gewerkschaften?

Sie tun für MigrantInnen noch weniger als für österreichische ArbeiterInnen. Sie waren z.B. für die EU-Erweiterung für Unternehmen und treten zugleich dafür ein, die ArbeiterInnen so lange als möglich auszusperrten. Sie unterstützen dadurch das Auseinanderdividieren der ArbeiterInnenklasse.

Zur ArbeiterInnenklasse gehören aber ALLE Lohnabhängigen, Arbeitslosen, vom "Arbeitsmarkt" ausgesperrten - gleich woher sie kommen und aus welchen Gründen sie sich für einen Aufenthaltsort ent-



Menschen sterben. Schaut Prokop nur zu?

schieden haben. Klassenbewusstsein ist nicht an eine Staatsangehörigkeit gebunden und endet auch nicht an den Landesgrenzen. Nur gemeinsamer Kampf und Einigkeit der ArbeiterInnenklasse können zu Erfolgen führen. Während aktuell die Missbehandlung des Asylwerbers Bakary J. - wieder einmal - drastisch aufgezeigt hat, wie Menschen anderer Herkunft in diesem Staat zuweilen behandelt werden, ist die verhinderte Abschiebung der Schü-

lerin Relly aus Wien ein echter Lichtblick. Durch eine massive Kampagne von Jugendlichen (<http://www.rely-friends.at.tf>) wurde erfolgreich Solidarität in die Praxis umgesetzt - ein echtes Beispiel z.B. für den ÖGB ...

DISKUSSION

Freitag, 19.05. um 19:00
ArbeiterInnenbewegung
und Migration

"Bunte Kuh", Wien 5., Siebenbrunneng./Zentag.

Bewegung in Frankreich zeigt, dass es auch anders geht

Widerstand zahlt sich aus!

von Laura Rafetseder, SLP-Wien

Die Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen - mit diesem Vorwand hatte die französische Regierung versucht die Probezeit

für Jugendliche unter 24 auf 2 Jahre zu verlängern. Diese Maßnahme (CPE) hätte somit den Kündigungsschutz für Jugendliche praktisch abgeschafft. Es wurde von einer Massenbewegung von Jugendlichen und ArbeiterInnen verhindert.

Solidarität erfolgreich

Wochenlang waren nicht nur Studierende, sondern auch SchülerInnen und Jugendliche aus den Vorstädten, aber auch GewerkschafterInnen, auf der Straße. Nicht einmal der Versuch der Regierung alt und jung gegeneinander auszuspielen war erfolgreich - der Angriff auf die Rechte der Jugend wurde zu Recht als Angriff auf die gesamte ArbeiterInnenklasse gesehen. An zwei Streiktagen haben mehrere Millionen Menschen gegen den CPE gestreikt, trotz der Versuche der Gewerkschaftsführung die Kämpfe zu verzögern. Die Angst der Bürgerlichen vor einem Generalstreik hat schließlich zu einem Rückzug der Regierung geführt.

Faule Jugend? Teure Jugend?

Der CPE ist aber nur ein Teil des "Gesetzes für Chancengleichheit", das auch eine ganze Reihe anderer Maßnahmen beinhaltet: unter anderem die Legalisierung von Nachtarbeit für Jugendliche sowie die Ein-

führung einer Lehre ab 14 Jahren - und damit eine defacto Abschaffung der Schulpflicht bis 16 Jahre. Ein anderes Gesetz, der CNE, der eine Verlängerung der Probezeit in Betrieben unter 20 Beschäftigten bedeutet, ist bereits seit letztem Jahr in Frankreich in Kraft. Hinter dem "Gesetz der Chancengleichheit" steckt eine Lüge, die auch bei Unternehmen und Regierungsvertretern in Österreich Verbreitung findet: Dass Jugendliche (oder ArbeitnehmerInnen generell) eher Arbeit finden, wenn sie billiger und zu schlechteren Bedingungen arbeiten. Tatsache ist: die Jobs, die unter solchen Bedingungen geschaffen werden, sind meist so schlecht bezahlt, dass es zum Überleben zuwenig ist und keine Zukunftschancen bietet.

Maßnahmen wie in Frankreich werden auch in Österreich umgesetzt oder sind zum Teil schon Wirklichkeit: So wurde die Probezeit für Lehrlinge auf drei Monate verlängert, die Behaltfrist nach Ende der Lehrzeit verkürzt und die Arbeitszeit im Gastgewerbe auf 23 Uhr verlängert. Wie in Frankreich ist auch bei uns ein großer Teil der Jugendlichen unter 24 in prekären Arbeitsverhältnissen tätig. Regierung und Unternehmen finden teilweise sehr einfache Erklärungen für die hohe Jugendarbeitslosigkeit (Ende Jänner 2006 waren 49 940 Jugendliche beim AMS als arbeitssuchend gemeldet; Quelle: www.arbeiterkammer.at): So erklärte der Präsident der Wirtschaftskammer Salzburg, Rainhard Buemberger, die hohe Jugendarbeitslosigkeit mit der Faulheit der Jugendlichen. Wer keinen Job im Wunschberuf er-



hält, der solle halt, bitteschön, irgendwas anderes arbeiten. "Flexibel" müsse die Jugend da eben sein, und nicht so verbohrt. (Quelle: www.derstandard.at). Wir sind der Meinung, dass Arbeitslosigkeit nicht die Schuld des/der Einzelnen ist - vielmehr ist sie Symptom der Krise des Kapitalismus.

Wie Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen?

Aber wie das Problem lösen? (Jugend-)Arbeitslosigkeit lässt sich weder durch Geldgeschenke an die Unternehmer (bis zu 4800 Euro im Jahr kann ein Betrieb für einen Lehrling

bekommen) noch durch "Flexibilisierung" (= Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten) bekämpfen. Auch der Rassismus der FPÖ schafft keinen einzigen Arbeits- oder Ausbildungsplatz.

Anstatt den Unternehmern Geld zuzuschütten, sollte dieses Geld besser in die Einrichtung überbetrieblicher Lehrwerkstätten investiert und die Ausbildung aus Unternehmerhand genommen werden. Darüber hinaus kann Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich Arbeitslosigkeit wirksam bekämpfen, indem die vorhandene Arbeit auf alle aufgeteilt wird. Dafür (und gegen Ver-

schlechterungen für Jugendliche die angeblich ihre Jobchancen heben) müssen wir kämpfen - wie in Frankreich! Dazu brauchen wir kämpferische und demokratische Gewerkschaften - die Krise des ÖGBs ist auch hier eine Chance ihn entsprechend zu verändern!

DISKUSSION

Freitag, 19.05. um 18:30
Wie sieht die Situation in Frankreich nach dem Sieg über die Regierung aus?"

"Pizzeria Topolino", Wien 3., Ungargasse 4

Ihr da oben, ...

Unternehmerorganisation hetzt zynisch gegen Jugendliche

"Existiert wirklich ein Lehrlingsproblem, das in Österreich so oft herbeigeredet wird, fragt der Österreichische Gewerbeverein (ÖGV)? Natürlich gibt es das. Aber für die Arbeitgeber. (...) Könnte es sein, dass möglicherweise einige Lehrlingsanwärter schlicht zu dumm sind? Oder dass andere partout darauf bestehen, ihr Gesichtspiercing stolz weiter einher zu tragen? (...) Es kann nicht sein, dass in diesem Land immer wieder das Lehrlingsproblem hoch geredet wird und gar nicht existiert. Wenn sich unsere Jugend zu fein ist, Lehrstellen anzunehmen, die nicht mit dem Faktor 20 ausgestattet sind, dann mögen sie Hilfsarbeiter bleiben. Aber auch das immer wieder zitierte Problem der lokalen Verfügbarkeit von Lehrstellen ist doch lediglich ein herbei geredetes. (...) Die Lehrstelle vor der Haustüre kann flächendeckend in ganz Österreich noch nicht geboten werden und das wird künftig so bleiben. All jene, die bahnhofsmissionarisch die Jugend von der Straße - dort will sie der ÖGV auch nicht haben - in Lehrstellen bewegen wollen, sei gesagt: Holt sie lieber mit dem Taxi von zu Hause ab, wo sie sich genüsslich hinter dem elterlichen Kamin räkeln!" (Quelle: gewerbeverein.at). Fast 50.000 arbeitslose Jugendliche werden sich über die aufmunternden Worte freuen ...

70 bis 80 Euro Mindestbetrag für Kinderbetreuung in Oberösterreich?

Geht es nach dem Oberösterreichischen Gemeindebund, sollen Eltern für Kindergarten, Hort oder Tagesbetreuung an Schulen mindestens 70 bis 80 Euro pro Monat bezahlen. Eine soziale Staffelung soll es schon geben, aber von 70 bis 80 Euro aufwärts! Rechnet man noch etwa 4 Euro für ein Mittagessen dazu, würde der Mindestbeitrag für Eltern pro Kind auf 150 bis 160 Euro steigen. Macht bei zwei Kindern 300 bis 320 Euro monatlich. (Quelle: www.arbeiterkammer.com.) Handzahn die Reaktion der Grünen darauf, die in Oberösterreich schließlich (mit-)regieren: "Ziel für uns Grüne Oberösterreich ist nach wie vor ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Aufgrund der vehementen Ablehnung dieses Rechtsanspruches durch den Gemeindebund verzichteten wir im Sinne einer weiteren konstruktiven Zusammenarbeit vorerst darauf. Nun erwarten wir auch eine entsprechende konstruktive Zusammenarbeit bei der Frage der Elternbeiträge" (www.ooe.gruene.at)

... wir hier unten!

Nur ein Drittel nahm Privatisierung an

Urabstimmung bei der Post zeigt die Notwendigkeit für völlige Neuorientierung der Gewerkschaften in Österreich

von Gerhard Ziegler, SLP-Linz

Trotz Streikbeschluss in den Gremien und 90-%-Zustimmung der PostlerInnen bei Befragungen Ende 2005 für Kampfmaßnahmen war die Gewerkschaftsbürokratie nicht bereit, konkrete Maßnahmen wie Streiks zu organisieren. Offizielle Begründung: die Christgewerkschafter in der GPF (Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten) haben die Streikpläne an ihre RegierungskollegInnen verraten und die ÖGB-Führung hätte einen Poststreik nicht anerkannt, sodass kein Streikgeld bezahlt worden wäre.

Entscheidene Chance vertan

Nicht nur, dass diese Argumentation mehr als Ausrede für die Untätigkeit erscheint, wäre es dann eben notwendig gewesen, in die Offensive zu gehen und gegen die gewerk-



schaftsfeindlichen Methoden des FCG aber auch der ÖGB-Führung öffentlich anzukämpfen und dafür die Unterstützung der anderen Fachgewerkschaften aber auch der privatisierungskritischen Öffentlichkeit zu suchen. Die GPF-Spitze blieb jedoch letztlich ihrer Tradition der "Zu-

sammenarbeit" treu und trat - anstatt den Kampf aufzunehmen - mit Regierung und Management in Verhandlungen um ein Sozialpaket. Dieses Paket schützt die Post in keinsten Weise vor weiteren Privatisierungen (49 % werden jetzt verkauft, der Rest dann wohl nach den Nationalratswahlen

im November) und zusätzlichem Arbeitsplatzabbau. Der Sozialplan wird bis 2008 verlängert, sodass bis dahin weiteres Personal "abgebaut" wird. Trotzdem frohlockt die GPF-Führung, da in der Urabstimmung vom 4. - 7. April 56 % für die Annahme des Pakets - und damit für Verzicht auf weitere Kampfmaßnahmen - gestimmt haben.

Was die Gewerkschaftsführung verschweigt

Die Gewerkschaftsführung verschweigt, dass die Belegschaft keine Alternative hatte, obwohl die Kampfbereitschaft z.B. in Oberösterreich massiv vorhanden war (Vorwärts berichtete). Warum? Angesichts einer Führung, die gezeigt hat, dass sie unter keinen Umständen bereit ist, Kampfmaßnahmen zu organisieren, bot ein "Nein"-Votum keine wirkliche Perspektive - außer seinen Protest auszudrücken. Trotzdem votierten 44 % der an der Urabstimmung Teilnehmen-

den für "Nein" und für die Erreichung sofortiger Kampfmaßnahmen. Mit 41 % blieb fast die Hälfte der Stimmberechtigten gleich der Abstimmung fern. An allen Ecken und Enden wird - zu Recht - von der Reformnotwendigkeit im ÖGB gesprochen. Worauf es jedoch ankommt ist, die Bürokratie zu entfernen und den ÖGB zu einem demokratisch strukturierten Kampforgan der ArbeiterInnenbewegung zu beleben.

Es wäre jetzt an der Zeit, dass die linken Kräfte in der Gewerkschaftsbewegung beginnen, gemeinsam an einem Strang zum Aufbau einer klassenkämpferischen Strömung zu ziehen. Dazu finden wir unter anderen unter den PostlerInnen, die bewußt für Kampfmaßnahmen gestimmt haben, aber auch unter denen, die sich nicht weiter verarschen lassen wollten und gleich mit den Füßen abgestimmt haben, das Potential für die notwendige Erneuerung.

Demokratisierung sind dringend nötig!

Abhaltung des für 19. Juni geplanten ÖGB-Kongresses

BetriebsrätInnen und GewerkschaftsaktivistInnen müssen über die künftige Ausrichtung des ÖGB und die künftige Führung entscheiden:

„Alle Gewerkschaftsvorsitzenden sind sich einig, dass wir aus der Krise lernen müssen. Wir müssen raschest alles angehen, was wir in den vergangenen 15, 20 Jahren an Hausaufgaben nicht ausreichend gemacht haben. Daher wurde der Kongress im Juni 2006 abgesagt. Bis Herbst 2007 wollen wir uns bemühen, den ÖGB so zu strukturieren, dass er für viele Bevölkerungsgruppen wieder attraktiv wird.“ (Hundstorfer im Standard-Interview am 6.4.2006)

Das Vorgehen der ÖGB-Spitze zeigt, dass hier nichts gelernt wurde. Im Gegenteil: Alles ist beim Alten. Nachdem bekannt wurde, dass sich die Bawag in Karibikgeschäften verspekuliert hatte (News spricht sogar von Verlusten bis zu 2 Milliarden Euro) überschlugen sich die Ereignisse. Am 27. März folgte der Rücktritt des ÖGB-Präsidenten Verzetnitsch. Sein Vize, der bisherige GdG-Vorsitzende Hundstorfer, wurde zum Interimsvorsitzenden gekürt und ein außerordentlicher Gewerkschaftstag für 19. Juni angekündigt. Es folgte die Nachricht, dass sich der ÖGB von der Bawag trennen werde. Dann einigten sich die Spitzen der SPÖ und der ÖVP-Fraktionen im ÖGB (FSG und FCG) darauf, den außerordentlichen Gewerkschaftstag abzublasen und Hundstorfer zum ÖGB-Präsident bis 2007 zu ernennen. Das wurde dann in einem ÖGB-Bundesvorstand noch brav abgesegnet (nur die VertreterInnen der Grünen- und der KP-Fraktionen stimmten dagegen).

WIEDER wurde über die Köpfe der Mitgliedschaft entschieden. WIEDER sucht man die Lösung im Postenschacher auf Spitzenebene und denkt nicht einmal über Kurskorrekturen nach. Pro Jahr verlässt ca. 1 % der Mitgliedschaft die Gewerkschaft. Der Bawag-Skandal (rund 12.000 Austritte in der ersten Woche werden kolportiert) hat diese Tendenz beschleunigt, aber nicht erzeugt. Die „Veränderungen in der Arbeitswelt“ sind vor allem eine Ausrede der ÖGB-Führung, ihre Maßnahmen „mehr Service“ sind wirkungslos. Die Mitglieder gehen, weil sie zurecht das Gefühl haben, dass die Gewerkschaft nichts tut.

Wo ist die Gewerkschaftslinker?

Die Wut über die Politik und die undemokratische Vorgehensweise der Gewerkschaftsführung ist berechtigt. Das Problem ist: was kann der/die Einzelne tun? An der Gewerkschaftsspitze gibt es offensichtlich keine Alternativen. Die Führung hat praktisch geschlossen der Absage des außerordentlichen Kongresses zugestimmt. (Die Vertreter der ÖVP- und BZÖ-Fraktionen übrigens auch). Kein Vorsitzender einer Einzelgewerkschaft steht hier für einen anderen Kurs - obwohl interessanterweise jene, die in den Medien als „kämpferisch“ dargestellt werden, noch über die besten Umfragewerte verfügen. Das eigentliche Signal an die Mitgliedschaft ist deutlich: Business as usual - Euch brauchen wir nur als BeitragszahlerInnen.

Aber auch die Opposition im ÖGB-Vorstand bietet keine Alternative. Die ÖVP-Gewerkschafter (FCG) versuchen selbst ihre Positionen zu sichern und befinden sich real auf Regierungskurs. Die beiden kleinen Fraktionen im ÖGB die über eine gewisse Basis verfügen, der der KPÖ nahestehende GLB und die den Grünen nahestehende UG, setzen auf Fraktionsarbeit und nicht auf Mitglieder mobilisierung. Bei der ÖGB-MitarbeiterInnenversammlung und bei der Bawag-MitarbeiterInnenversammlung (jeweils rund 1000 TeilnehmerInnen) waren es leider ausschließlich SLP-Mitglieder und VertreterInnen der Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften, die Flugblätter an die Belegschaften verteilten, auf denen gefordert wurde: „1.300.000 Mitglieder müssen entscheiden“. Wenigstens bei der Sitzung des Bundesvorstandes am 6. April nahmen MitarbeiterInnen von GLB und UG an der von der SLP initiierten



Protestversammlung teil. FSG-Zorn, ein Zusammenschluss linker FSG'erInnen, war bisher bei keiner Protestaktion. An einer gemeinsamen breiten linken Initiative für einen ÖGB-Neu, die die SLP angeregt hat, gibt es bisher leider kein wirkliches Interesse. Das bedeutet aber in der Praxis, den frustrierten Mitglieder nichts anbieten zu können; diese werden in Folge den ÖGB verlassen, anstatt sich einer kämpferischen Opposition anzuschließen.

Die Argumente reichen von „Zeitmangel“ bis „das ist Gewerkschaftssache“. Insbesondere die Unabhängigen GewerkschafterInnen (UG, zu denen u.a. die KIV bei der GdG und die AUG bei der GPA gehören) fordern eine „Unvereinbarkeit zwischen einem parteipolitischen Mandat in einer gesetzgebenden Körperschaft und einer Spitzenfunktion im überparteilichen Gewerkschaftsbund“. Das bedeutet nichts anderes, als eine weitere Entpolitisierung der Gewerkschaften. Eine Gewerkschaft ist aber nichts Unpolitisches, soll und kann sich letztlich nicht nur um „gewerkschaftliche“ Themen kümmern. Das hat z.B. die Pensionsreform gezeigt - und das ist auch der Grund für die lange, enge und ursprünglich positive Bindung zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaft. Aber heute ist die SPÖ keine ArbeiterInnenpartei mehr. Das Problem ist nicht, dass GewerkschaftsfunktionärInnen MandatarInnen einer Partei sind, sondern WELCHER Partei, bzw. vor allem welcher politischen Linie sie sich verpflichtet fühlen. Für unvereinbar halten wir es, wenn z.B. Sozialabbauer bzw. Gewerkschaftsfeinde wie Khol (ÖVP) oder Haider (BZÖ) Gewerkschaftsmit-

glieder sind. Wir glauben demgegenüber auch, dass viele FSGler heute - zurecht - das Naheverhältnis ihrer Fraktion zur SPÖ hinterfragen, weil dieses einer kämpferischen Neuorientierung der Gewerkschaften entgegensteht. Wir gehen hier allerdings zugegebenermaßen noch einen Schritt weiter: Heute braucht die ArbeiterInnenklasse unserer Meinung nach eine neue Partei. In Deutschland haben FunktionärInnen u.a. aus der IG-Metall die Konsequenz aus der Verbürgerlichung der Sozialdemokratie gezogen und eine neue Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche gegründet - die WASG. Eine solche Entwicklung ist auch in Österreich notwendig und hängt v.a. davon ab, ob es im ÖGB einen kämpferischen Kurswechsel bzw. eine starke kämpferische Opposition gibt. Aus einer solchen Entwicklung würde sich unvermeidlich auch die Frage nach neuen politischen Organisationsformen stellen, die sowohl bei allgemeinen Wahlen antritt, aber vor allem in den Bewegungen und Kämpfen von ArbeiterInnen und Jugendlichen die Frage nach Alternativen zum Kapitalismus aufwerfen - und hoffentlich beantworten - kann.

ÖGB-Neu ist notwendig

Um die derzeitige Krise zu überwinden, braucht es eine deutliche Veränderung. Ein Zeichen dafür hätte der Gewerkschaftskongress am 19. Juni sein können. Das Argument von Hundstorfer, dass eine Verschiebung notwendig sei, um Zeit für notwendige Reformen zu haben, ist unakzeptabel. Es geht ihm nicht um eine De-

demokratisierung, sondern darum, die Kräfteverhältnisse zwischen den verschiedenen Machtblöcken im ÖGB zu klären. Konkret geht es darum, wie die schwindenden Mitgliedsbeiträge (der ÖGB machte allein 2005 rund 42 Millionen Euro Verlust) künftig aufgeteilt werden können. Es ist ein Konflikt ums Geld und nicht um die politische Ausrichtung. Die Mitgliedschaft wird weiter vor vollendete Tatsachen gestellt.

Wenn der ÖGB die Interessen der ArbeitnehmerInnen in Zukunft wirkungsvoll vertreten soll, dann geht das nicht ohne die aktive Einbeziehung der Mitglieder. Dazu braucht es grundlegend andere Strukturen. Heute ist der ÖGB von oben nach unten strukturiert. Die Mitglieder haben wenig bis gar keine Mitbestimmungsmöglichkeiten. Die FunktionärInnen bleiben als Delegierte auf den Gewerkschaftstagen weitgehend unter sich. So kann es dann auch passieren, dass auf den Gewerkschaftskongressen Beschlüsse gefällt, diese aber niemals umgesetzt werden. Die Strukturen des ÖGB machen den Streik einer Fachgewerkschaft auch von der Zustimmung der ÖGB-Spitze abhängig - was in der Praxis eine Verhinderung von notwendigen Arbeitskämpfen bedeutet. Nach dem heutigen Statut kann ein PräsidentIn des ÖGB nur jemand werden, der seit vielen Jahren Teil der Spitzen der ÖGB-Bürokratie ist. Das zementiert die Abgehobenheit der Führung ein. Wir meinen, dass ein kommender Gewerkschaftstag auch neue Strukturen bringen muss: BetriebsrätInnen, PersonalvertreterInnen und GewerkschaftsaktivistInnen, die täglich „an der Front“ stehen und die Nöte und Bedürfnisse der Basis wirklich kennen, müssen über einen neuen politischen Kurs und als Konsequenz davon auch über eine neue Führung aus ihren Reihen abstimmen. Die Politik der Gewerkschaftsführung (das gilt auf allen Ebenen) muss ständig einer Kontrolle durch die Mitgliedschaft unterworfen sein. Das bedeutet auch, dass diese - wenn die Mitgliedschaft mit ihnen unzufrieden ist - wieder abgewählt werden können. Und zwar nicht nur auf dem jeweils nächsten Kongress, sondern auch dazwischen.

Eine breite, linke und fraktionsübergreifende Kampagne von GewerkschaftsaktivistInnen wäre JETZT die Möglichkeit, eine reale Basis für einen ÖGB-Neu zu legen und die alte Unart der Stellvertreterpolitik und des hinter-verschlossenen-Türen-den-langen-Weg-durch-die-Institutionen endlich zu überwinden.

Niemand soll mehr verdienen als jene, die er/sie vertritt

Einkommensdeckelung für Funktionäre!

- ✘ Die Vorstände der Bawag erhielten 2004 3,3% vom Gewinn und waren damit Spitzenreiter in der österreichischen Bankenlandschaft
- ✘ Der Präsident der Arbeiterkammer verdient mehr als der Präsident der Wirtschaftskammer
- ✘ Verzetnitsch geht mit einer Pension von ca. 11.000 - das entspricht etwa dem 10fachen der österreichischen Durchschnittspension

Marx schrieb den bekannten Satz „Es ist nicht das Bewusstsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewusstsein bestimmt.“ WIE wahr dieser ist, zeigt die heutige ÖGB-Führung. Das Umfeld eines Menschen prägt seine Sichtweise und seine politische Einstellung. Wenn ein ÖGB-Präsident in einer Luxuswohnung wohnt, wie soll er verstehen, wie hart die steigenden Heizkosten NiedrigverdienerInnen treffen und warum die Lohnabschlüsse, die angeblich „über“ der Inflation liegen in Wirklichkeit Reallohnverluste bedeuten, weil Wohnen und Hei-

zung für Viele bereits bis zu 50% ihres Einkommens ausmachen? Wenn ÖGB-FunktionärInnen auf Du-und-Du mit Wirtschafts- und RegierungsvertreterInnen sind, dann ist es nicht verwunderlich, wenn sie deren Argumente von Standortlogik und Wettbewerbsnachteil übernehmen.

Wir schlagen nicht vor, dass GewerkschaftsfunktionärInnen am Hungertuch nagen müssen; ebenso wenig wie andere ArbeitnehmerInnen. Wir meinen aber, dass ihr Einkommen nicht über dem jener Menschen liegen soll, die sie vertreten sollen.

Würde sich dann niemand mehr finden der/die bereit ist, dass zu machen? Auf Menschen, die eine solche Funktion nur wegen des Geldes übernehmen, sollte die Gewerkschaftsbewegung verzichten. Und die vielen ehrenamtlichen GewerkschafterInnen beweisen, dass es keinen Mangel an Menschen gibt, denen die Sache wichtig genug ist.

Würden wir dann nur zweitklassige KandidatInnen bekommen, weil die „guten“ in der Privatwirtschaft besser bezahlt würden? Wer die

Privatwirtschaft vorzieht, soll dorthin gehen! Und dass hohe Einkommen keine Garantie für Kompetenz sind, beweisen die Regierungsmitglieder genauso wie die GewerkschaftsfunktionärInnen und die Bawag-Aufsichtsräte. Schlechter als Letztere kann wohl niemand seine/ihre „Aufsichtspflicht“ erfüllen.

Haben die GewerkschafterInnen ein Recht auf höheres Einkommen, weil sie mehr arbeiten? Ein schlichtes Rechenbeispiel: der Tag hat 24 Stunden. Mindestens acht davon werden im Regelfall für Schlafen, Duschen etc. draufgehen. Selbst wenn jemand also 16 Stunden am Tag arbeitet rechtfertigt das kein Einkommen das fünf-, sieben oder zehnmal so hoch ist wie das von „normalen“ Beschäftigten. Und: niemand ist unersetzlich. Es ist besser, Arbeit auf mehrere aufzuteilen, dann wird sie besser gemacht, als wenn eine Person 16 Stunden pro Tag in drei verschiedenen Funktionen arbeitet.

Die Spitzeneinkommen der ÖGB-FunktionärInnen sind nicht nur unmoralisch, sondern tatsächlich ein Hindernis für kämpferische Gewerkschaftsarbeit.

Ein Revolverheld im Kampf gegen den Yankee Kapitalismus

Mit Pfischi-Pfeil und Eisenbahnraub gegen das Kapital

von Albert Kropf, SLP-Wien

Unser Bild von den USA ist von Bush & Hollywood geprägt. Übersehen wird dabei, dass es in der Geschichte (und Gegenwart) der USA viele Linke, GewerkschafterInnen, SozialistInnen, KommunistIn-

de dabei so berühmt wie die von den Brüdern Jesse und Frank James - die James Bande. Einen Großteil ihres Ruhmes verdankt sie einer Legende. Nämlich der, dass sie einen Teil ihrer Beute unter der verarmten Bevölkerung aufgeteilt hätten. Wie stark sich dieses Ge-

schrrieb für eine Loslösung des Südens von den USA. Dafür überließ er dem bekannten Bandenführer Jesse James eine Kolumne. Abgesehen von Hetze gegen den Norden ist politisch darin nicht viel zu finden. Und aufgeteilt hat Jesse James die Beute nur unter den Ban-

liche Druck war zu groß, um Frank James zu verurteilen.

Um seinen Lebensunterhalt zu finanzieren, gründete er eine Art "Tourismusagentur". Er führte Schaulustige an die historischen Orte und Verstecke der James Bande. Abseits davon engagierte er sich aber auch politisch. Er verfasste Broschüren in denen er gegen den Kapitalismus und die Ausbeutung der Menschen wettete. 1897 schrieb der damals 54-jährige: "Sollte es in diesem Land jemals wieder einen Krieg geben, wird es ein Krieg zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Besitzgier und Brüderlichkeit sein. Und ich bin heute genauso bereit, für die Brüderlichkeit in Amerika einzutreten, wie ich in meiner Jugend für die Verteidigung der Südstaaten eingetreten bin."

Sozialist war Frank James aber keiner. Zeit seines Lebens blieben der Kampf und die Revanche für die Niederlage gegen die Nordstaaten der zentrale Punkt seines Denkens. Trotz der einen oder anderen radikalen Aussage blieb er der sich formierenden ArbeiterInnenbewegung der USA fern. Er engagierte sich weder in der Sozialistischen Partei noch den Gewerkschaften. Vielleicht auch einfach deswegen, weil das Zentrum der us-amerikanischen ArbeiterInnenbewegung der industrialisierte Norden war und er nicht über seinen eigenen Schatten springen konnte. Interessant bleibt die Geschichte trotzdem. Der politische Aspekt in Frank James Leben wird allerdings bis heute in den Hollywood Filmen über die James Bande ausgeklammert. Ein "Outlaw" und Revolverheld der nicht nur politische Broschüren schreibt, sondern auch noch in seinen Reden gegen das Kapital zu Gunsten der Brüderlichkeit wettet, ist offenbar bis heute zu gefährlich für die Hollywood Filmmaschinerie.



Frank und Jesse James in jungen Jahren; li: Frank James

nen und FreiheitskämpferInnen gab, die entschlossen gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen eingetreten sind. Viele sind durchaus prominent - allerdings für ihre Leistungen auf anderen Gebieten. Ihre politische Herkunft wird gerne "vergessen". Zu diesen gehören u.a. Frank James (von der James Bande), Tommie Smith und John Carlos (Medaillengewinner bei den olympischen Spielen 1968), Jack London und Upton Sinclair (Schriftsteller).

Die James Bande

Die USA Mitte der 1860er Jahre. Die Sklavenhaltergesellschaft im Süden hat den Bürgerkrieg gegen den hoch industrialisierten Norden der USA verloren. Versprengte Einheiten der ehemaligen Südstaatenarmee ziehen als raubende Banden durchs Land. Wohl keine andere Bande wur-

rücht über Jahrzehnte gehalten hat, zeigt ein Zitat des amerikanischen Präsidenten Harry Truman von 1949: "Jesse James war ein moderner Robin Hood. Er bestahl die Reichen und beschenkte die Armen."

Truman begann Hexenjagd gegen Linke

Truman selbst war kein Linker. Unter seiner Präsidentschaft begann die "Hexenjagd" gegen SozialistInnen und die ArbeiterInnenbewegung in den USA und legte damit den Grundstein für die so genannte "McCarthy Ära". Truman kam aber selbst aus dem Süden der USA und darin zeigt sich der tief verwurzelte Mythos um die James Bande.

In Wirklichkeit verdankten die James Brüder ihr Image dem Chefredakteur einer großen Tageszeitung im Süden. Er wollte sich mit der Niederlage des Südens im amerikanischen Bürgerkrieg nicht abfinden. Er

denmitgliedern selbst. Ganz abgesehen davon, dass die meisten von ihnen während des Bürgerkriegs an grausamen Massakern an der Zivilbevölkerung beteiligt waren.

Der politische Revolverheld

Politisch gesehen ist Jesse weit weniger interessant als sein älterer Bruder Frank James. Die Bande hat sich schließlich aufgelöst und Jesse wurde von einem ehemaligen Bandenmitglied im Auftrag der Regierung und der Eisenbahnbarone des Nordens ermordet. Frank James stellte sich daraufhin der Justiz. Seinen Prozess verwandelte er in eine Anklage gegen das "Yankee" Großkapital im Namen der geknechteten und verarmten Massen. Frank James wurde frei gesprochen. Und das obwohl bei den Überfällen der James Bande viele Menschen ermordet wurden. Der öffent-

"Weil man allein nicht viel verändern kann..."

Die Sozialistische LinksPartei im April 2006

Der April begann mit den erfolgreichen Sozialismustagen der SLP. Knapp hundert TeilnehmerInnen aus Österreich und internationale Gäste aus Polen, Deutschland, Nord-Irland sowie der Türkei diskutierten aktuelle, grundsätzliche und internationale Themen. Der Bawag/ÖGB-Skandal, die Frage "Wem nützt der Krieg gegen den Terror" und die Debatte rund um eine neue Partei von ArbeiterInnen und Jugendlichen standen im Zentrum. Die Sozialismustage waren auch für Einige der Anlass, der SLP beizutreten. Helene erklärt: "Ich wollte mich einfach politisch engagieren, damit ich auch aktiv etwas gegen die Missstände in unserer Gesellschaft tun kann, aber auch um mit Leuten regelmäßig in der Ortsgruppe über tagesspolitische Themen zu diskutieren. Irgendwann muss man ja lernen, seine eigene Meinung auch verständlich

rüber zu bringen." Und Nadine bringt die Notwendigkeit der SLP auf den Punkt: "Weil man allein nicht viel verändern kann, in einer Gruppe jedoch schon. Der Kapitalismus hat schon viel zu viel Schaden angerichtet; es ist Zeit für eine sozialistische Welt!"

ÖGB-Krise

Der Diskussion folgten Taten. SLP-Mitglieder waren bei den Betriebsversammlungen von ÖGB- und Bawag-Beschäftigten aktiv. Es ist notwendig, die Angriffe der Bürgerlichen auf die Gewerkschaft zurückzuweisen. Aber die Gewerkschaftsbewegung kann nur effektiv verteidigt werden, wenn sie verändert wird. Dafür ist die SLP unter dem Motto "1.300.000 Mitglieder müssen entscheiden" öffentlich eingetreten. Nora, die sich nach reiflicher Überlegung entschlossen hat, der

SLP beizutreten war u.a. bei der von der SLP initiierten Aktion vor dem ÖGB-Bundesvorstand dabei. Sie erklärt "Ich bin der SLP beigetreten, weil mir die Erfahrung gezeigt hat, dass ich der Ohnmacht angesichts der Unmenschlichkeit unseres Wirtschaftssystems nur durch politisches Engagement entgegen wirken, und die Isolierung als Einzelkämpferin nur durch politische Organisierung aufbrechen kann. Ich will einfach nicht länger zu Sozialabbau bei gleichzeitigen Steuergeschenken an Unternehmen, imperialistischen Kriegen, oder der Tatsache, dass jeden Tag 100 000 Menschen elend verhungern, weil sie aufgrund von wirtschaftlichen Interessen unterdrückt werden, schweigen, denn Schweigen lähmt mich nur. Ich will meine Wut positiv nutzen und sie in Engagement für eine sozialistische Gesellschaft umwan-

deln - für eine Gesellschaft, in der nicht eine Elite, der ihre Aktienkurse wichtiger als Menschenwürde und -leben sind, über die Mehrheit bestimmt, sondern die Mehrheit der arbeitenden Menschen selbst demokratisch die gesellschaftlichen Entscheidungen trifft.

Die SLP bietet mir dafür ein internationales solidarisches Netzwerk und die Möglichkeit, meine Kräfte durch gemeinsame Aktionen mit anderen zu bündeln." Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen ...

SPENDEN

Unsere Arbeit kostet Geld. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag). Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause - ein "All-Inclusive-Abo" eben. PSK 8812.733

SLP IN EIGENER SACHE

Die SLP-Treffpunkte

LINZ

jeweils Montag, 17.30 Uhr,
"Alte Welt", Linz, Hauptplatz 4

SALZBURG

jeweils Donnerstag, 18.00 Uhr,
"Shakespeare", Salzburg,
Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)

WIEN

jeden Mittwoch um 19 Uhr
SLP Wien West, "Fünfhäuser Stüberl",
1150 Wien, Löhrgasse 13, (U3, U6 Westbahnhof)

jeden Donnerstag um 18 Uhr
SLP Wien Nord, "Piwnica" (ehem. Peer Gynt), 1200 Wien,
Jägerstraße 38 (U4 Friedensbrücke, U6 Jägerstraße, 5, 33)

jeden Freitag um 18.30 Uhr
SLP Wien Ost, "Pizzeria Topolino" 1030 Wien, Ungargasse 4

jeden Freitag um 19 Uhr
SLP Wien Süd, "Bunte Kuh", 1050 Wien, Siebenbrunneng./
Ecke Zentag. (U4 Pilgramgasse, 12A, 14A)

SWI-Treffpunkt in Wien

jeden Montag um 18.00 Uhr
Amerlinghaus, 7., Stiftgasse 8
(U2, U3 Volkstheater, 48A, 49)



VORWÄRTS ist die Zeitung für Widerstand, Solidarität und Sozialismus.

VORWÄRTS ist parteiisch: Immer für ArbeitnehmerInnen, Frauen und Jugendliche.

VORWÄRTS ist unabhängig vom großen Geld, aber abhängig von seinen UnterstützerInnen.

Abonnement bestellen:

Tel.: 01/524 63 10

oder EUR 18,00* an PSK 8812.733 überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort "Abo" nicht vergessen!
*Sozialpreis für Menschen ohne eigenem Einkommen EUR 10,00
Alle Preise für 10 Ausgaben inkl. Porto und Versand

www.slp.at



Die Website der Sozialistischen LinksPartei - seit Mai 2005 in neuem Gewand, mit mehr und aktuellerem Inhalt. Jetzt besuchen!



Neues aus dem CWI

Osterhase (be-)sucht Berliner Bär

Ein Reisebericht von den Sozialismustagen 2006 der SAV
 Von Charly Krumpfschmid

Traditioneller Weise fanden zu Ostern die Sozialismustage 2006 der deutschen Schwesterorganisation SAV unter den Motto "Freiheit statt Kapitalismus" statt. Die "Ösi-Delegation" bestand aus 9 GenossInnen. Da wir gemütlich per Liegewagen anreisten, hatten wir vor Beginn der Veranstaltung noch Gelegenheit, einen kurzen Blick auf die ältere und neuere Geschichte Berlins zu werfen sowie ein wenig Einblick in die politische Situation der Spree-Metropole zu erhalten. Unter den Motto "Widerstand gegen Sozialkahltschlag und der Kampf für Sozialismus im 21. Jahrhundert" stand die Auftaktveranstaltung am Freitag. GenossInnen der SAV und anderer Sektionen des CWI berichteten über die Angriffe auf soziale Errungenschaften und die oftmals erfolgreiche Gegenwehr der Betroffenen. Da in Berlin bald gewählt wird, stand die Frage im Vordergrund, ob die WASG in der unsere deutschen GenossInnen erfolgreich sozialistische Positionen vertreten, eigenständig oder gemeinsam mit der Linkspartei.PDS kandidieren soll. Gerade die PDS ist jene Kraft, die gemeinsam mit der SPD in Berlin massiv Privatisierung und Sozialabbau betreibt. Während die Befürworter einer solchen Vereinigung vor einer Stimmenaufteilung der Linken warnten, sehen unsere GenossInnen und große Teile der Berliner WASG die Glaubwürdigkeit unter den WählerInnen nur durch eine konsequente Arbeit gegen neoliberalen Politik gegeben. Neben dieser höchst aktuellen Diskussion wurden die Themenschwerpunkte gewerkschaftliche Arbeit, Ökologie, marxistische Theorien im 21.Jahrhundert und historische Analyse anhand des spanischen Bürgerkrieges in vielen Arbeitskreisen behandelt. Aus erster Hand berichteten GenossInnen über den Stand der Klassenkämpfe in Bolivien, Polen, Großbritannien sowie Frankreich. Auf der Abschlussveranstaltung wurde über die Notwendigkeit zum Aufbau einer Partei für Beschäftigte und Erwerbslose international sowie die Einbringung sozialistischer Positionen diskutiert. Die durchaus positive Stimmung wurde unter anderen durch die Gewinnung von neun neuen Mitgliedern bestätigt. Voll Enthusiasmus machten wir uns auf den Weg nach Hause.

Wieder wird in den USA durch das Aufkeimen einer starken Protestwelle gegen das im Kongress debattierte Immigrationsgesetz deutlich wie sehr der Begriff Klassenkampf in der Geschichte der USA verwurzelt ist.

Klassenkampf ist (auch) in den USA zu Hause

von Jasmin Standhartinger, SLP-Wien

Die amerikanische ArbeiterInnenbewegung hat sehr kämpferische Traditionen. Minneapolis und die große Depression 1934: Entlassungen, weniger Geld für mehr Arbeit und einer der größten Kämpfe der US-Geschichte: Der "Teamsters-Strike". Angeführt von SozialistInnen, kam es nicht nur in der Industrie und im Transportwesen zum völligen Stillstand, sondern wurden auch die Stimmen von Arbeitslosen, Immigran-

ten und Frauen der ganzen Region immer lauter. Nach einem zweimonatigen Kampf für eine deutliche Verbesserung des Lebensstandards, wurde ein vollständiger Sieg erreicht. Ebenso gehören zu diesen kämpferischen, oft erfolgreichen Traditionen in den USA: Das Civil Rights Movement, die Bewegung um Malcolm X, der Kampf gegen den Vietnam-Krieg, sowie die jüngsten Streiks im Bereich des Gesundheitswesens, der Autoindustrie und der New Yorker U-Bahnen.

Aggressive Methoden der Gegenseite

Nicht nur von Seiten der Bosse, sondern auch der Regierung gibt es immer wieder besonders aggressive Methoden zur Abwehr der Proteste. Die Illegalisierung eines Streiks im öffentlichen Dienst und auch eine massive Hetze der Medien gegen Aufstände sind übliche Methoden - ebenso wie Gewalt gegen GewerkschafterInnen. Schon zu Teamsters-Zeiten wurde die Citizens Alliance (also rechte "Bürgerwehren") gemeinsam

mit auf Streikbruch spezialisierte Anwälten eingesetzt. Ebenso gibt es eine lange Tradition von Bestechung der Gewerkschaftsführung, aber auch kämpferischer Gewerkschaftsopposition dagegen. Bei den Teamsters konnte schon in den 30er Jahren eine zunächst korrupte Gewerkschaft, durch den Zusammenhalt der ArbeiterInnen, in eine demokratische, kämpferische Gewerkschaftsstruktur umgewandelt werden. Auch heute wird wieder lautstark thematisiert, dass die Gewerkschaftsführungen mit dem politischen Establishment verknüpft ist.

mehr Ressourcen für die Mitgliedererwerbungen einzusetzen und nicht nur die Demokraten finanziell zu unterstützen. Sie wollen aber - als "Alternative" - auch den Republikanern Geld zukommen zu lassen! Unsere US-GenossInnen meinen demgegenüber, dass vor allem ein Kurswechsel notwendig ist: Gewerkschaften müssen die Profitlogik und angebliche Sachzwänge des Kapitalismus in Frage stellen und jede Unterstützung der beiden Parteien des "Big Business" beenden. Neben einem kämpferischen Kurs, der Erfolge erzielen kann, ist auch eine politische Vertretung in Form einer neuen sozialistischen ArbeiterInnenpartei nötig. Dieser Faktor einer solchen politischen Kraft, hat der US-Bewegung tatsächlich historisch stets gefehlt.

Vor Gewerkschaftsspaltung?

Auch wenn die aktuell mögliche Abspaltung der "Change To Win"-Koalition (CTW) vom Dachverband (AFL-CIO), kritisch zu betrachten ist, wirft sie ein Licht auf die Stimmung an der Basis. Vor allem die ArbeitnehmerInnen des öffentlichen Dienstes, Supermarkt-Beschäftigte und andere Bereiche sind massiv unzufrieden und wollen an den schlechten Lebensbedingungen und dem allgemein geringem Organisationsgrad (12,5%) etwas ändern. CTW fordert zwar richtigerweise

Dritter Teil der Serie "Die andere USA" im Juni: Die Rolle der US-SozialistInnen in der Anti-Kriegsbewegung

TERMIN

Donnerstag, 25.05., 18:00

Die Rolle der US-SozialistInnen in der Antikriegs-Bewegung

Piwnica, Wien 20., Jägerstraße 38



Interview mit Andre Ferrari (Brasilien) anlässlich des bevorstehenden EU-Lateinamerikagipfels in Wien

Weg mit den Schulden! Banken und Konzerne in Gemeineigentum!

Andre ist Aktivist der SLP-Schwesterorganisation "Socialismo Revolucionario" (SR) sowie im Leitungsgremium der breiten Partei "P-SOL", die derzeit in Umfragen auf über sechs Millionen Stimmen kommt (6 %).

VORWÄRTS: Lateinamerika wird von enormen sozialen Kämpfen durchzogen. Welche Ideen für einen Ausweg aus der Krise vertritt "Socialismo Revolucionario"?

ANDRE: Unser Programm setzt bei einem für alle greifbaren Punkt an: Stopp der Zahlung aller Auslandsschulden! Der jährliche Zinsendienst Brasiliens beträgt 70 Milliarden US-\$. Mit diesem Geld könnte eine echte Agrar-Reform durchgeführt werden:

konkret betrafe das vier Millionen bisher landloser Familien! Die nächste Notwendigkeit ist die Überführung der Banken und Schlüsselindustrie in gesellschaftlichen Besitz. Alle diese Maßnahmen müssen in eine demokratische Struktur von direkter ArbeiterInnen-Verwaltung und -Kontrolle eingebunden sein.

VORWÄRTS: Aber was ist mit der Gefahr der Kapital-Abwanderung?

ANDRE: Jedes Jahr gibt es neue Rekorde bei den Profiten des Banken-Sektors. Schon jetzt verlässt mehr Kapital das Land als das gesamte Volumen des Außenhandels ausmacht. Natürlich ist eine weitere Aufgabe die vollständige Kontrolle der Kapitalflüsse und des Handels auf der Grundlage

der Vergesellschaftung der Finanzinstitute.

VORWÄRTS: Venezuela ist derzeit Brennpunkt reformerischer und revolutionärer Bewegungen. Wie schätzt du den Stand der Dinge ein?

ANDRE: Man darf nicht vergessen: Die Wirtschaft Venezuelas befindet sich trotz der bisherigen Reformen noch immer unter Kontrolle kapitalistischer Verhältnisse und des Einflusses des Imperialismus.

VORWÄRTS: Chavez stellt der vom US-Imperialismus geführten ALCA- "Freihandelszone" das Projekt "ALBA" entgegen. Was hat es damit auf sich?

ANDRE: Derzeit stellt ALBA noch eine Ankündigung und Worthülle dar. Auf kapitalistischer Grundlage ist Unabhängigkeit vom Imperialismus eine Illusion. Gerade Brasilien hat am Kontinent regional-imperialistische Gelüste, z.B. der Öl-Konzern Petrobras. Chavez präsentierte kürzlich die Idee einer unabhängigen kontinent-weiten Öl-Firma. Diese müsste jedoch in gesellschaftlichem Besitz sein. Nehmen wir das Beispiel Venezuelas: Im dortigen staatlichen Erdöl-Konzern ist echte Arbeiter-Verwaltung nötig. Gerade hier ist Chavez jedoch ganz und gar nicht für die

sonst angekündigte "cogestion" (bedeutet in etwa "Mitbestimmung"; Anm.). Die Chavez-Regierung setzt übrigens bewusste Schritte zur Kooperation mit den Unternehmern. Kürzlich veranstaltete sie ein "Seminar zur Rolle des Privateigentums im Sozialismus des 21. Jahrhunderts". Sektoren der Bürgerlichen gehen als Teil der neuen Bürokratie in die Chavez-Bewegung ein. Dies ist eine Gefahr für die Möglichkeit weiterer Reformen. Das gegenwärtige Wachstum ist überdies relativ und stützt sich auf den derzeit hohen Öl-Preis.

VORWÄRTS: Wären die Bewegungen schon reif für weitergehende Schritte?

ANDRE: In den letzten Jahren, vor allem 2002, gab es immer wieder sprunghafte Entwicklungen im Bewusstsein der Massen und in den sozialen Kämpfen. Eine große Einschränkung stellt derzeit das Fehlen einer bewussten sozialistischen Partei mit Verankerung in den Massen dar. Den-



noch hätte die Chavez-Regierung, wenn sie wollen würde, volle Freiheit für die Beschleunigung des revolutionären Prozesses. Dies gilt auch auf der parlamentarischen Front, wo er über große Mehrheiten in beiden Kammern verfügt. Die kapitalistische Opposition ist derzeit durchaus schwach, jedoch nicht völlig von der Bildfläche verschwunden. Der Schlüssel ist der Aufbau der unabhängigen sozialistischen ArbeiterInnen-Bewegung. Hier gibt es Ansätze. An einem Treffen des CWI in Venezuela zu den Protesten in Frankreich nahmen 100 Menschen teil.

Venezuela: Der Kampf um eine sozialistische Zukunft

Ursachen und Perspektiven für die revolutionäre Entwicklung in Venezuela



28 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Die Broschüre wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!

VORWÄRTS

sozialistische zeitung

Solidaritätspreis: EUR 2,00

Preis: EUR 0,80

Nummer 156

Mai 2006

NO to Bush & Co. am 21. Juni 2006!

Bereiten die USA

einen Atomkrieg vor?

von Peter und Laura, SWI

Am 21. Juni kommt ein religiöser Fanatiker und Kriegstreiber nach Wien. Zu diesem Zeitpunkt könnte ein Atomkrieg gegen den Iran - den der US-Präsident im Frühjahr 2006 nicht ausschloss - bereits beschlossene Sache sein. Die Regierung Schüssel hat Bush eingeladen und wird ihn - auf unsere Kosten - bewachen, verpflegen und unterbringen. Die Opfer von Bush's Politik - Flüchtlinge aus dem Irak und Afghanistan - werden von Schüssel & Co. weit schlechter behandelt. Gemeinsam mit Sozialistischer Widerstand International (SWI) führt die SLP eine Kampagne unter dem Motto "No to Bush & Co" durch.

Bush ist nicht alleine.
Es liegt am System!

Die zentralen Punkte der Kampagne sind:

× George Bush ist Vertreter jenes Systems, das neoliberale Politik, Krieg, Folter, Rassismus und Sexismus verursacht: des Kapitalismus!

× Die EU und die österreichische Regierung betreiben dieselbe Politik wie Bush - Aufrüstung, Sparpolitik, Einschränkung demokratischer Rechte! Daher sagen wir: keine Unterstützung der Besatzung des Iraks durch die österreichische Regierung, auch nicht durch die Hintertür (Überfluggenehmigungen etc.)!

× Die irakische und die US-ArbeiterInnenklasse leiden wie wir unter der Politik von Bush & Co - die Kluft zwischen arm und reich wird nicht nur weltweit, sondern auch innerhalb der USA größer! Die Bushs & Schüssels dieser Welt stehen auf der anderen Seite, darum bekämpfen wir sie gemeinsam!

× Nein zum Wahnsinn Kapitalismus! Wir sind für eine sozialistische Alternative zu Krieg und Terror - nur die gezielte Aktion der ArbeiterIn-



nenklasse international kann einen Ausweg aus dem Teufelskreis von Gewalt und Gegengewalt bringen!

Österreich ist unter den Kriegstreibern

Offiziell ist die Republik zwar neutral, doch deshalb keinesfalls "friedliebend". Tatsächlich war Österreich immer Teil westlicher Militärstrategien, hat Waffen geliefert und sich auch an Kriegen beteiligt. Österreich war z.B. Teil der EU-Einsätze 2003 im Kongo und in Mazedonien. Im Kosovo ist seit längerem das größte Kontingent stationiert. Ebenso gibt es Einsätze in Bosnien-Herzegowina und Afghanistan. Tendenz steigend.

Das Argument, diese Truppen dienen der "Friedenserhaltung" ist falsch: Die Konflikte wurden teilweise von außen geschürt bzw. sind das Ergebnis sozialer Probleme, an denen auch Österreich

Mitschuld trägt. In Afghanistan oder dem Irak ging es nicht um Demokratie, sondern um Öl - solange es ihnen genehm war haben die USA viele Diktaturen geschaffen und unterstützt. Die Einsätze österreichischer Truppen am Balkan spielen andere Länder frei, die ihre Truppen dadurch vermehrt im Irak einsetzen können. Die Regierung Schüssel ist also letztlich Teil der Verbündeten der Regierung Bush.

Militarisierung ist in Österreich aber nichts Neues. Noch unter SPÖVP wurde 1998 die Bundesverfassung entsprechend verändert. Man verpflichtete sich an der "gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union" mitzuwirken. 1995 trat Österreich der "NATO-Partnerschaft für den Frieden" bei. In den letzten Jahrzehnten wurde viel Geld in die Aufrüstung des Bundesheeres gesteckt - Abfangjäger (zuerst die Draken, dann die Euro-

fighter), Panzer etc. Am 29.12.2003 erklärte Verteidigungsminister Platter: "Diesen Beschaffungen und Modernisierungen werden im kommenden Jahr weitere folgen müssen".

Wie gegen Krieg und Terror kämpfen?

Bei "No to Bush & Co" geht es nicht nur um die Kritik an Bush, Schüssel & Co. Es geht auch darum, Ursachen und Alternativen aufzuzeigen. Die Zunahme von Kriegsgefahr und Terror ist Ausdruck der Krise des Kapitalismus. Seit den 1980er Jahren wird der Kampf um Ressourcen (v.a. Öl) zunehmend härter, Konflikte zwischen den imperialistischen Mächten nehmen zu - auch innerhalb der EU. Weder die EU noch die UNO können Frieden garantieren, denn sie setzen im wesentlichen die Interessen der Regierungen um, die in diesen Institutionen sitzen. Ein Krieg

wird nicht dadurch besser, dass er unter UNO-Mandat geführt wird.

Wenn wir auf Dauer eine friedliche Welt wollen, müssen wir den Kapitalismus abschaffen und durch eine sozialistische Welt ersetzen. Daher muss die internationale ArbeiterInnenklasse eine Bewegung gegen Krieg und Kapitalismus aufbauen. Dass das mehr als nötig ist, zeigt auch das Beispiel Irak: Ein Ausweg aus dem Chaos dass die USA verursacht haben könnte sein, dass die irakische ArbeiterInnenklasse gemeinsam dafür kämpft, dass die Ölressourcen des Iraks unter ihrer demokratischer Kontrolle verstaatlicht werden, um das Land wieder aufbauen zu können.

Was Du tun kannst:

× Diskutiert mit Anderen nicht nur um Dampf abzulassen! Organisiert ein Treffen!

× Gründet Aktionskomitees, sammelt Namen von allen Menschen, die mitmachen wollen, diskutiert die Forderungen!

× Verteilt Flugblätter um zu mobilisieren! Komm zur Demo am 21.6!

TERMINE

Montag, 8. Mai 2006, 17.30

No to Bush & Co!

Linz, "Alte Welt", Hauptplatz 4

Komm zu den Aktionstreffen von Sozialistischer Widerstand International. Wir helfen beim Aufbau einer Gruppe an deiner Schule, diskutieren über die Politik der USA und planen Aktionen.

Jeden Montag, 18 Uhr, Amerlinghaus - Raum 3, Wien 7, Stiftgasse 8

Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher - der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "Dritten Welt", Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft - Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.

► Mehr Programm!

Das Programm der Sozialistischen LinksPartei
40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!

Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail slp@slp.at Web www.slp.at